

Zum Networking nach Moskau und für die Propaganda zu Russia Today

Wie Putin-Versteher den Kampf für die Neutralitätsinitiative mitprägen

DANIEL GERNY

Ende April 2026 versammeln sich in Moskau Kommunisten und Sozialisten aus aller Welt. Tagelang wird die Gründung eines neuen sozialistischen Netzwerkes unter dem Namen Sowintern gefeiert. Vieles deutet darauf hin, dass der Anlass vom Kreml gesteuert ist: Initiatorin ist die Partei Gerechtes Russland, die als Opposition inszeniert wird, aber die offizielle Kreml-Linie und den Ukraine-Krieg mitträgt. Es gibt eine offizielle Grussbotschaft von Putin.

Prominente Unterstützer Russlands von überall sind anwesend: Alexander Babakow, stellvertretender Vorsitzender der Staatsduma. George Galloway, Chef der britischen Workers' Party, der mit russlandfreundlichen Auftritten regelmässig Gast bei Russia Today ist. Der Amerikaner Christopher Helali nimmt teil, der Putin persönlich um die russische Staatsbürgerschaft gebeten hat. Auch aus der Schweiz ist ein Mann angereist: Massimiliano Ay, Sekretär der Kommunistischen Partei im Tessin: «Unsere Partei wurde um eine Einschätzung zur Zukunft der Schweizer Neutralität gebeten», berichtete Ay später über das Treffen.

In der Schweiz ist Massimiliano Ay praktisch unbekannt. Aber wer ihn erleben möchte, hat am 29. August Gelegenheit dazu: Gemeinsam mit einer bunten – um nicht zu sagen: seltsam anmutenden – Truppe macht er an diesem Tag auf dem Bundesplatz Kampagne für die Neutralitätsinitiative. Es finden sich Ex-Militärs, Kommunisten, Corona-Massnahmen-Kritiker, Linke, Rechte und Publizisten, die vor allem eines zu einen scheint: der wild entschlossene Kampf für die Neutralitätsinitiative.

Auf Sanktionen verzichten

Der Anlass bietet Einblick in ein Milieu, in dem der ukrainische Abwehrkampf immer wieder delegitimiert wird – und in dem die Neutralität oft als Mittel verstanden wird, um zur westlichen Sicht auf Distanz zu gehen.

Dabei ist es keineswegs anrühlich, zur Annahme der Neutralitätsinitiative aufzurufen oder ihr zuzustimmen. Auch der Vorwurf, Unterstützer des SVP-Volksbegehrens seien automatisch Helfershelfer für Putins Sache, zielt daneben.

Manche Befürworter übernehmen Argumentationslinien, die Russland zur Rechtfertigung seines Angriffskriegs verwendet.

Wahr ist aber auch: Unter den Befürwortern finden sich verschiedene Personen, die teilweise fragwürdig anmutende Verbindungen mit dem offiziellen Russland pflegen. Manche übernehmen Argumentationslinien, die Russland zur Rechtfertigung seines Angriffskriegs verwendet, und scheinen sich in der neutralitätspolitischen Debatte von Moskau inspirieren zu lassen.

Auch wenn Ay Russlands Angriff als völkerrechtswidrig bezeichnet hat, weist seine Logik auffällige Parallelen zu Moskaus Rhetorik auf: Neutralität heisse, eine Brücke zu schlagen «zwischen dem irreversibel untergehenden transatlantischen System und den Schwellenländern, insbesondere Eurasien». Ay sagt seit Beginn des Ukraine-Kriegs, die Schweiz müsse sich von der westlichen Russlandpolitik lösen, auf Sanktionen verzichten und auf Distanz zu EU und Nato gehen, um ihre Neutralität zurück-



Abstimmungspropaganda bei Pro Schweiz: die Neutralität als Friedensprojekt im Umgang mit einem imperialistischen Westen. KEYSTONE

zugewinnen. Sonst gerate sie in eine «Kriegsdynamik». Sinngemäss äusserte sich Maria Sacharowa, Sprecherin des russischen Aussenministeriums, als sie kürzlich kaum verhohlen für die Neutralitätsinitiative warb: Die Westbindung der Schweiz zerstöre die Neutralität. Erst Distanz zum westlichen Block ermögliche der Schweiz wieder eine glaubwürdige Vermittlerrolle.

Die Neutralität als Friedensprojekt im Umgang mit einem imperialistischen Westen – es zieht sich wie ein roter Faden durch die Botschaften vieler dieser Initiativbefürworter. Bezeichnenderweise lautet der Titel der Kundgebung von Ende August «Nein zur Nato – Ja zur Neutralität». Angesagt sind Auftritte von mehreren Personen, die in der Schweiz mit ideologischer Nähe zu Putins Regime für Irritationen gesorgt haben: Ralph Bosshard beispielsweise, einstiger Offizier bei der Schweizer Armee, gelangte zunächst gewollt und im Auftrag des VBS für eine Weiterbildung nach Moskau. Doch dann näherte er sich ideologisch immer mehr Russland an.

Die Perspektive des Kremls

Bis heute pflegt er nach eigenen Angaben zahlreiche Kontakte zu Streitkräften von Ex-UdSSR-Staaten. In einem Interview mit der «Weltwoche» von 2024 macht er die Ukraine und Selenski verantwortlich für den Angriff Putins. In einem Gespräch mit Russia Today sagte er, bei westlichen Waffenlieferungen in die Ukraine gehe es um eine «Hauptprobe zum nächsten europäischen Krieg gegen Russland». Bis vor kurzem war Bosshard Präsident der Gesellschaft Schweiz-Russland, die in Berichten ein idealisiertes Russland-Bild vermittelt.

Nicht nur Bosshard hat beim Bund Karriere gemacht. Jacques Baud ist einstiger Mitarbeiter des Schweizer Nachrichtendienstes. Letzten Winter gelangte er wegen wiederholter Auftritte in prorussischen Programmen und als «Sprachrohr für prorussische Propaganda» sogar auf die Liste der von der EU mit Sanktionen belegten Personen. Auf dem Bundesplatz wird er von seinem Wohnort in Brüssel zugeschaltet. Baud bestreitet die Vorwürfe gegen ihn. Fest steht, dass er mit russlandfreundlichen Thesen bei Russia Today und anderen Portalen auftrat.

Zwei weitere Redner der Berner Kundgebung sind auf dem Sender, der

die Perspektive des Kremls in die ganze Welt verbreitet, immer wieder zu sehen: Der SP-Politiker und Neutralitätsforscher Pascal Lottaz sowie der Völkerrechtler und ehemalige Uno-Experte Alfred de Zayas. Lottaz sieht in den Russland-Sanktionen wie viele andere eine Abkehr von der Neutralität. Seine These vertrat er unter anderem in einer Sendung, die Russia Today unter die Prämisse «Nato's proxy war against Russia» stellte. In einem Gespräch mit Lottaz behauptete de Zayas, Russland habe die Krim nicht annektiert. Und im russischen Staatsmedium Sputnik bezeichnete de Zayas die westliche Berichterstattung über Russland als «russophobe Propaganda» und warf westlichen Medien Kriegspropaganda vor.

Auch der Anwalt Philipp Kruse, ebenfalls als Referent aufgeführt, hat eine eigene Auffassung davon, wer für die Eskalation in der Ukraine mitverant-

Die Westbindung der Schweiz zerstöre die Neutralität, sagt Maria Sacharowa, Sprecherin des russischen Aussenministeriums.

wortlich ist: Der Bundesrat habe die Neutralität über Bord geworfen und sich «auf die Seite der Kriegstreiber begeben», indem er die Sanktionen gegen Russland mitgetragen habe. Das sagte er 2022 auf dem Portal Kla.tv des Schweizer Sektengründers Ivo Sasek, das heute mit seiner Berichterstattung über die Russland-Sanktionen für die Initiative Stimmung macht.

Mehrere Redner des Anlasses vom 29. August haben sich inzwischen zu einer Allianz zusammengeschlossen. Bosshard, Baud, de Zayas, Kruse und Lottaz sitzen gemeinsam im zwölfköpfigen «Neutralitätsrat», der sich im Frühjahr 2026 konstituiert hat. Hinter dem Rat steht die Bewegung für Neutralität (Bene), ein 2025 gegründeter Verein, der sich ausdrücklich für die Neutralitätsinitiative engagiert. Die Verbindung ist eng: Bene trägt die Kosten und stellt das Sekretariat des Neutralitätsrats.

Über Bene führt eine Spur in ein Milieu, das während der Corona-Pandemie in die Öffentlichkeit rückte. Im Vorstand von Bene sitzt Christoph Pfluger, Herausgeber des Portals «Zeitpunkt.ch» und während der Pandemie eine treibende Kraft des Vereins Freunde der Verfassung. «Zeitpunkt» vertritt eine ausgeprägte Nato-kritische Linie und publiziert immer wieder Deutungen des Kriegs in der Ukraine, die sich mit russischen Argumentationsmustern überschneiden – vom westlichem Stellvertreterkrieg über den Maidan als Putsch bis zur These, die Nato habe Friedensverhandlungen mit Russland sabotiert. Auch Pfluger tritt am 29. August auf dem Bundesplatz auf.

Auf dem «Zeitpunkt»-Portal erhält auch Jean-Daniel Ruch eine Plattform. Er darf dort die Argumente des Bundesrates zur Neutralitätsinitiative «zerpflücken». Ruch, der zuvor Botschafter in der Türkei war und als Chef des Staatssekretariats für Sicherheitspolitik (Sepos) vorgesehen war, trat 2024 zusammen mit dem russischen Botschafter an einem Ukraine-Podium einer massnahmenkritischen Gruppierung auf, zu dem niemand von der ukrainischen Seite eingeladen war. Ruch widersprach zwar damals Positionen des russischen Botschafters und sagte, die Schweiz sei weiterhin neutral. Im Publikum führte das zu Buhrufen.

Dass Ruch heute ebenfalls Mitglied des Neutralitätsrates ist, ist deshalb umso bemerkenswerter. Denn dort finden sich auch Figuren wie Guy Mettan. Dessen Beziehungen zu Russland reichen besonders weit: Noch im Februar 2026 erhielt Mettan einen Ehrendokortitel einer staatlichen Universität in St. Petersburg. Mettan ist auch sonst eine schillernde Person: In den 1990er Jahren war er Chefredaktor der «Tribune de Genève». Dann politisierte er für die CVP, schloss sich aber 2023 der SVP an, für die er nun im Genfer Grossen Rat sitzt.

Mettan werden seit Jahren Lobbyarbeit und Propaganda für Russland vorgeworfen. So setzte er in der «Weltwoche» die Kursk-Offensive der Ukraine von 2024 mit dem Angriff der Nazis im Zweiten Weltkrieg auf eine Ebene. Er ist Präsident einer schweizerisch-russischen Handelskammer. Und: Seine Nähe zu Russland ist bei ihm sogar amtlich festgehalten. Am 4. August 2016 verlieh ihm Putin per Dekret Nr. 392 höchstpersönlich den russischen Orden der Freundschaft.

Zu viele offene Fragen zum Stromabkommen

Der Ständerat verschiebt die Beratungen auf den Winter

MATTHIAS VENETZ

Es wäre ein dichtes Programm gewesen. In der kommenden Herbstsession hätte der Ständerat über das gesamte Vertragspaket Schweiz - EU diskutieren sollen. Doch nun kommt es anders. Am Freitag hat die Energiekommission des Ständerates mitgeteilt, dass sie die Vorberatungen für das Stromabkommen mit der Europäischen Union an ihren nächsten Sitzungen, die erst nach der Herbstsession stattfinden, fortführen werde. Offenbar sind dafür auch Sondersitzungen geplant. Das bedeutet, dass der Ständerat dieses Abkommen erst in der Winter-session – losgelöst von den übrigen Teilen des Pakets – behandeln wird.

Die Urek-S hat dem Stromabkommen bereits viel Zeit gewidmet. Offenbar reichte diese allerdings nicht aus. Aus der Kommission hört man, es seien noch zu viele und zu komplexe Fragen offen. Für die übrigen Ständeräte dürfte das eine Entlastung sein, da auch die anderen Teile des Pakets zu intensiven Debatten führen werden. Für die Kritiker des Stromabkommens ist es eine Bestätigung, dass die Risiken und Nebenwirkungen grösser sind als vom Bundesrat dargestellt.

Vom Trumpf zum Ballast?

Am Anfang der Verhandlungen mit der EU stand eine doppelte Hoffnung. Ein Stromabkommen, so hiess es aus der betroffenen Branche, würde die Versorgungssicherheit der Schweiz stärken. Zudem, so lautete die Hoffnung des Bundesrats, sei ein Stromabkommen das beste Argument für eine Weiterentwicklung des bilateralen Weges. Inzwischen sind die Kritiker des Abkommens lauter.

Schon seit längerem ist bekannt, dass der Bundesrat der Bevölkerung bei der abschliessenden Abstimmung das Paket in vier Tranchen vorlegen will. Im ersten Teil werden neue Spielregeln für die bestehenden Verträge festgelegt. Die anderen Teile umfassen je eines der drei neuen Abkommen, welche die Schweiz und die EU zu den Themen Strom, Lebensmittelsicherheit und Gesundheit verhandelt haben. Mit dieser Aufteilung sollte sich das Volk eine differenzierte Meinung zum Gesamtpaket bilden können. Die Bevölkerung könnte bei einer Abstimmung nämlich den ersten Teil annehmen, die drei neuen Abkommen jedoch ablehnen. Die umgekehrte Variante ist allerdings ausgeschlossen.

Eigentlich war vorgesehen, dass das Parlament trotz dieser Unterteilung alle vier Teile gleichzeitig behandelt. Nach den ersten Vorberatungen im Ständerat scheinen nun aber zwei (oder noch mehr) Urnengänge immer wahrscheinlicher.

Irritationen in Brüssel

Die Gründe für die Verzögerungen beim Stromabkommen sind vielfältig. Die Vernachlässigung hat gezeigt, dass die Kritik aus den unterschiedlichsten Lagern kommt. Die SVP lehnt das Paket in Gänze ab und stellt sich somit auch gegen das Stromabkommen. Die Mitte-Partei begrüsst die neuen Verträge zwar, kritisiert jedoch, das Stromabkommen und seine inländische Umsetzung seien zu unklar, vor allem im Hinblick auf die Wasserkraft. Ähnlich äusserten sich die Gebirgskantone. Die Gewerkschaften – und mit ihnen auch viele Linke – lehnen das Stromabkommen ab, weil es eine weitere Liberalisierung des Strommarktes vorsieht. Sie befürchten, die Grundversorgung werde gefährdet.

Mehrere gesonderte Volksabstimmungen könnten auch für all jene Kräfte interessant sein, die die neuen EU-Verträge im Grundsatz zwar begrüssen, das Stromabkommen jedoch ablehnen. Zwei zeitlich getrennte Abstimmungen würden es ihnen erleichtern, ihre Positionen der Stimmbevölkerung zu vermitteln.

Die Idee, die neuen EU-Verträge in zwei Tranchen zu teilen, hat in Brüssel bereits zu Irritationen geführt. Aus Sicht der EU handelt es sich bei den neuen Verträgen um ein Gesamtpaket.